

INFORMATIONEN DER SENIOREN-UNION SACHSEN

Abkehr von Grundsätzen?

Gedanken von Klaus Leroff
S. 2 / 3

Ampelkoalition vergisst Rentner

Ein Beitrag der SU Leipzig S. 4

Interview Christian Hartmann MdL

Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion
S. 5

Aus den Kreisverbänden

KV Mittelsachsen + Meißen S. 6

Vom rechten Weg

CDU auf Erneuerungskurs

Dr. Georg Böhme-Korn S. 7
Grundwertecharta / Termine
S. 8

Halbzeitbilanz

Michael Kretschmer, Ministerpräsident und CDU Landesvorsitzender

Wir sind zur Landtagswahl 2019 angetreten, um die erfolgreiche Entwicklung unseres Freistaates weiter voranzubringen und die Themen anzupacken, die wichtig für eine gute Zukunft unserer Heimat sind. Ein Dreier-Regierungsbündnis gab es im Freistaat nie zuvor. Dieses hat allen Partnern Kompromisse abverlangt. Dabei trägt der Koalitionsvertrag deutlich unsere Handschrift.

Nun zieht die Sachsen-Koalition Halbzeitbilanz. In den vergangenen zweieinhalb Jahren gab es keine Routine - zuerst die Corona-Pandemie und seit Februar der Krieg in der Ukraine. Es waren und sind große Aufgaben, denen wir gegenüberstehen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die Staatsregierung in bewegten Zeiten für Stabilität sorgt, Krisen bewältigt und trotzdem wichtige Zukunftsthemen anpackt.

Trotz vieler Unwägbarkeiten konnten wir als CDU in der ersten Hälfte der Koalition bereits wichtige Vorhaben erfolgreich umsetzen. Es ist uns gelungen für mehr innere Sicherheit zu sorgen. Die 1.000 Stellen mehr bei der Polizei Sachsen bis 2024, die wir zur Landtagswahl versprochen haben, werden nun schon früher erreicht. Die Kriminalität in Sachsen ist zudem spürbar zurückgegangen. Im Sächsischen Landtag wurden die Landarztquote und die Mediziner Ausbildung in Chemnitz beschlossen. Damit sorgen wir für eine bessere medizinische Versorgung in der Fläche. Gemeinsam haben Land, Landkreise und Kommu-



nen bereits 117 Projekte zur Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen mit einem Fördervolumen von 1,3 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Diese Beispiele zeigen, dass wir als CDU trotz notwendiger Kompromisse in einer Koalition und trotz zwei Pandemie-Jahren für das gearbeitet haben, was den Sachsen bei der Landtagswahl wichtig war.

Auch die zweite Hälfte der Legislaturperiode wird herausfordernd für die Sachsen-Koalition. Es ziehen dunkle Wolken am Himmel auf: Inflation, Ukraine-Krieg, Deglobalisierung, Energie- und Rohstoffkrise. Wir werden in der Koalition dafür Sorge tragen, dass diese existenziellen Themen nicht aus dem Blick verloren gehen. Denn das zentrale Ziel unserer politischen Anstrengung ist und

bleibt die Sicherung des hart erarbeiteten Wohlstandes der Sachsen. Er ist die Grundlage für eine gute Zukunft in diesem Land.

Deshalb geht unser Blick über diese Legislaturperiode hinaus. Die Sächsische Union hat sich in diesem Jahr aufgemacht, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Dieser Zukunftsplan für Sachsen wird die Grundlage unserer zukünftigen Arbeit sein.

Wir möchten uns an dieser Stelle auch für die Unterstützung und konstruktive Kritik bedanken, mit der Sie die Arbeit von Staatsregierung, Landtagsfraktion und der Sächsischen Union in den vergangenen zweieinhalb Jahren begleitet haben.

Lassen Sie uns weiter gemeinsam für Sachsen arbeiten!

Haben wir unsere Grundsätze verlassen?

Folge: Frust, Wut und Abkehr von der Politik!?

Gedanken von Klaus Leroff



Klaus Leroff,
Landesvorsitzender der
Senioren-Union Sachsen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, in diesem Jahr kommt unser erster „Sachsenbrief“ etwas später, denn durch Corona fielen viele Mitstreiter zeitlich aus. Nun sind wir wieder hoffentlich alle gesund und munter an Bord. In vielen Kreisen werden wieder Veranstaltungen angeboten. Nehmen Sie bitte daran teil, denn wir sind an Ihrer Meinung interessiert. In dieser Ausgabe finden sie verschiedene Texte von einzelnen Mitgliedern, die die Meinungsvielfalt in unseren Reihen und in der CDU wiedergeben.

Leider muss man feststellen, dass der Krieg, den Putin in der Ukraine begonnen hat zeigt, wie wenig Europa letztlich befriedet ist. Wie die „große“ Politik in den letzten 15 Jahren diesem Herren „aufgesessen“ ist, obwohl man schon seit 2007 erkennen konnte, was Russland und ihr Präsident beabsichtigen. Bereits 2007 hat Putin in einer Rede auf der Sicherheitskonferenz dargestellt, wie er die „Zukunft in Europa“ sieht. Nach den Eingriffen in den Georgisch-Südosetischen Krieg 1991/92,

den Tschetschenienkriegen 1994/96 und 1999 - 2000, russischen Eingriffen in Tadschikistan (1992 – 1997) und weiteren Militäraktionen annektierte er 2014 mit dem vorgeschobenen Argument, er müsse russische Staatsbürger schützen, die Krim und verletzte in eklatanter Weise erneut das Völkerrecht. In derselben Art und Weise „zündelte“ er in der Region Donbass und Luhansk mit dem Resultat, dass am 24. Februar 2022 die russische Armee in die Ukraine einmarschierte. Das hatte sich durch den massiven Truppenaufmarsch an der Grenze angedeutet, aber niemand wollte es wahrhaben.

Sicherlich sind die zahlreichen Gespräche und das „Minsker Abkommen“ Versuche gewesen, einen Krieg zu verhindern. Jedoch wurde dadurch auch impliziert, dass man letztlich die Annexion akzeptierte und auch weitere Gebietsansprüche hinnehmen würde. Ein Szenario, das für die Ukraine kaum bzw. unmöglich hinnehmbar war und wie in der Weltgeschichte schon oft zu Kriegen geführt hat. Sicherlich ist auch festzustellen, dass in der Ukraine die Politik es nicht geschafft hat, Minderheiten in einzelnen Regionen kulturell und sprachlich zu integrieren. Dennoch gibt es keinerlei Gründe, nach einem Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, das Völkerrecht zu missachten und andere Nationen zu bekriegen.

In unserem Land gibt es nun heftige Diskussionen, wie gehen wir damit um? Sollen wir Waffen liefern? Schwere Waffen oder nur leichte Waffen, die letztlich gegen eine Armee wie der russischen wenig hilfreich sein dürften. Es bleibt festzustellen, dass die heutige Bundesregierung sich sehr schwer hat, insbesondere die Linken in der SPD, zu akzeptieren, dass man, akzeptiert man die Besetzung der Ukraine durch Russland, auch die Freiheit in Europa gefährdet ist. Eine Persönlichkeit wie Putin hat Vorstellungen zu diesem Europa, die demokratische Regierungsformen ablehnen. Schon heute ist angekündigt, dass auch

Teile Moldawiens mit den vorgenannten Schutzbehauptungen, russische Staatsbürger schützen zu müssen, Ziel dieses Krieges sein werden. Und was kommt dann?

Aus diesem Grund bin ich persönlich für die Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen, denn auch die Ukrainer haben das Recht auf Selbstbestimmung.

Wir alle wissen und könnten aus unserer persönlichen Sicht viele Beispiele nennen, wo unsere Demokratie bei der Umsetzung von Entscheidungen nicht immer „hilfreich“ ist und die Abläufe sehr oft viel zu lange brauchen. Dennoch, davon bin ich überzeugt, und unsere eigene Geschichte hat dies gezeigt, ist diese repräsentative Demokratie die beste Regierungsform, die Deutschland je hatte. Dafür steht auch die CDU und wir als Senioren, von denen noch viele Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus haben.

Für mich ist auch erschütternd, in welchem desolaten Zustand unsere Bundeswehr heute ist, die die Aufgabe hat, unser Land gemeinsam mit den Nato-Partnern zu verteidigen. Wenn man liest, dass nur für 20 Minuten genug Munition für den Panzer „Gepard“ vorhanden ist, man monatelang streitet welches Sturmgewehr gekauft werden soll, Millionen für die Planung eines schweren Transportflugzeuges ausgegeben wurden und am Ende es nicht gebaut wird usw. usw.

Dies sind die Versäumnisse nicht dieser Regierung, sondern liegen auch in der Verantwortung von 16 Jahren Regierungen unter Merkel gemeinsam mit der FDP und der SPD. Dieses Eingeständnis ist eine Voraussetzung, damit wir als CDU auch glaubwürdige Politik in der Opposition durchführen können.

Eine weitere Voraussetzung ist das Einhalten von Gesetzen, durch jeden Bürger, aber auch durch den Staat selbst.

Innenpolitik

Dies zeigt sich insbesondere in den Bereichen Asyl, innere Sicherheit, Sozialstaat und der Wirtschaftspolitik.

Im Asylbereich wird das vorhandene Recht mehr als „ausgedehnt“. Und das, obwohl ein großer Teil jener Menschen, die bei uns nach Asyl „rufen“ aus heute sicheren Ländern kommen. Der größte Teil dürften „Wirtschaftsflüchtlinge“ sein, was aus deren Sicht verständlich ist, aber nach derzeit geltendem Recht keine Grundlage für die Gewährung von Asyl darstellt.

Bei der inneren Sicherheit hat man den Eindruck, dass wenn man „Aktivist“ ist, jenseits jeder Rechtsnorm steht. Würde der „normale“ Bürger sich so verhalten, würden entsprechende Sanktionen folgen. Das löst Frust bei all jenen aus, die sich Rechtskonform verhalten. Wer die Polizei, Feuerwehr oder Rettungskräfte angreift, der greift diesen unseren Staat, also uns alle an! Es ist mit Erlaub dann durchaus gerechtfertigt, dass die Polizei, die die Aufgabe hat Recht und Gesetz durchzusetzen, auch das Recht haben muss, entsprechend hart durchzugreifen.

Rentenpolitik

Die CDU hat in 16 Regierungsjahren die dringend erforderliche Reform des Rentensystems, weder mit FDP noch mit der SPD durchgesetzt. Bereits vor über 30 Jahren haben die Herren Biedenkopf und Miegel darauf hingewiesen und sind nicht gehört worden. Auch das muss sich die CDU anrechnen lassen.

Wirtschaftspolitik

Die heutige Wirtschaftspolitik lässt sich nicht mehr davon leiten, dass die „Erhard'sche Soziale Marktwirtschaft“ durch die Politik getragen wird.

Ein globalisierter Markt ist für alle förderlich. Dabei ist die Priorität zuerst auf die heimische Wirtschaft zu legen, denn der „Mittelstand“ trägt diesen unseren Staat und nicht die Konzerne. Wie kann es z.B. sein, dass große Autohersteller in der Coronazeit mit Kurzarbeitergeld von uns

allen gestützt werden und am Ende den Eigentümern Milliarden ausschütten. Hier hätte es sich zuallererst gehört, diese Kosten als Firma selbst zu tragen, bevor man Gewinne an die Eigentümer auszahlt.

Haben wir Grundsätze vergessen?

All diese Dinge führen bei den Menschen zu Frust, zu Wut und Abkehr von der Politik und diesem Staat. Auch da müssen wir ehrlich sein und anerkennen, dass wir als CDU unsere eigenen Grundsätze teilweise verlassen haben. Aber dennoch bin ich überzeugt, dass die CDU in diesem Land und in der Republik die einzige Kraft ist, die den besseren Weg für dieses Land durchsetzen kann.

Solide Finanzen

Dies muss aber auch für uns alle bedeuten, dass wir aufhören, noch immer mehr haben zu wollen. „Geiz ist geil“ für richtig zu halten und immer dann, wenn etwas nicht so funktioniert wie man es sich selbst wünscht, ruft man nach dem „Staat“. Schlussendlich ist man am Ende ganz verwundert, wenn dieser „Staat“ immer mehr Geld benötigt, welches er nur über Steuern, Abgaben oder Schulden „einnehmen“ kann und damit einen jeden von uns zur „Kasse“ bittet.

Genau dies ist ein Grundsatz der Union, dass Subsidiarität von uns allen getragen werden muss und gleichermaßen bedeutet, den Menschen deutlich und wahrheitsgemäß zu sagen, dass man auf Dauer keinesfalls mehr ausgeben kann als man einnimmt. Jeder Einzelne von uns kennt dies von zuhause und die große Mehrheit käme nicht auf diese Idee, so zu verfahren.

Daher möchte ich Sie alle herzlich bitten, in Ihrem Umfeld für die Grundsätze unserer Union einzutreten, sie darzustellen.

Fehler anerkennen

Dazu gehört auch die Ehrlichkeit als Mitglied dieser unserer Partei und der Senioren-Union Fehler einzugestehen und dafür zu werben, dass in unserer Heimat, trotz mancher Ungerechtigkeit, wir auf einem, aus meiner Sicht sehr hohen Niveau „klagen“.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Äußerungen des ukrainischen Botschafters. Es ist durch aus verständlich, dass er, seine Regierung und die Bürger der

Ukraine Sorgen, Angst und Nöte haben. Dennoch halte ich seinen Ton und die Wortwahl für völlig überzogen und letztlich in der Sache nicht dienlich.

In Würde altern

Ein für uns alle sehr wichtiges Thema wird zurzeit im Deutschen Bundestag diskutiert. Die Selbstbestimmung seinem Leben ein Ende zu setzen (Suizid). Generell gilt ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter, was einschließt, auch selbst zu entscheiden sein Leben zu beenden. Folgt man als Christ der Heiligen Schrift, muss man mit „Nein“ antworten. Aber leider ist es nicht immer so einfach, wie manche es diskutieren. Es darf aber auch nicht sein, dass mit der Hilfe ein Leben zu beenden Geld verdient wird und der Vorgang kommerzialisiert wird.

Dem ist aus Sicht der CDU – der Christlich Demokratischen Union – ein klares NEIN entgegenzustellen.

Es muss unsere Aufgabe sein, dass wir die Würde im Sterben wahren und für all jene, die dem Ende ihres Lebens entgegensehen ein würdiges Sterben ermöglichen. Daher ist es aus meiner Sicht ohne jede Frage erforderlich, dass wir mehr Hospize schaffen. In vielen Familien ist ein Tod zuhause kaum möglich, weil die Kinder in der gesamten Republik verstreut sind und meist auch nicht die räumlichen Möglichkeiten haben, die zu begleitende Person zu sich zu nehmen. Hier ist es wichtig, dass wir uns an dieser Diskussion beteiligen, denn es geht insbesondere uns ältere Menschen an. Einen guten Beitrag dazu hat der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises im Bundestag gehalten. Sie finden den Artikel auf unserer Internetseite.

Wir müssen reden!

Es würde mich freuen, wenn Sie uns Ihre Meinung zukommen lassen würden. In der Kürze sind meine Ausführungen nicht allumfassend, sondern sollen nur aufzeigen, dass man mit Wahrheit und Klarheit Mehrheiten erringen kann.

Dies setzt aber voraus, dass wir alle im Umgang miteinander zuhören, diskutieren und die Meinung der anderen tolerieren. Dies macht eine „lebhaft“e CDU aus. In diesem Sinne bleiben Sie gesund und diskussionsfreudig. Ich freue mich bei Gelegenheit auf ein Wiedersehen.

Ihr

Ampelkoalition vergisst Rentner

Ein Beitrag der Senioren-Union Leipzig

Die gegenwärtige Entwicklung in der deutschen Gesellschaft ist nicht besonders seniorengerecht.

Zwar ist ab Juli 2022 eine kräftige Rentenerhöhung mit 6,12 % in den „neuen“ und 5,35 % in den „alten“ Bundesländern beschlossen worden. Die internationale und nationale Entwicklung relativiert aber diese „Wohltat“.

Die Inflationsrate in Deutschland, die gegenwärtig bei rund 7 % liegt, bewegt sich in dieser Größenordnung jenseits der prozentualen Rentenerhöhung. Besonders schmerzhaft für uns Senioren sind die immer noch steigenden Energie- und Lebensmittelpreise. Wenn auch von verschiedenen Politikern der Ampelkoalition die Rentenerhöhung als Wohltat verkauft wird, verkennen diese jedoch das gesetzlich vorgeschriebene Prozedere, das Rentenerhöhungen oder besser gesagt Rentenanpassungen vorschreibt.

In verschiedenen öffentlichen Äußerungen von Ampelpolitikern (Welt vom 11. Mai 2022) kann man lesen:

„Dass die große Gruppe der 20 Millionen Rentner angenommen ist, begründen Vertreter von SPD, Grünen und FDP mit der angekündigten Rentenerhöhung zum 1. Juli. Sie fällt mit einem Plus von 5,35 Prozent im Westen und 6,12 Prozent im Osten so üppig wie lange nicht aus. Anders als durch die einmalige Pauschale profitierten die Rentner zudem dauerhaft von dem höheren Rentenniveau, heißt es vonseiten der Ampel-Regierung.“

Hier stellt sich die Frage an die Vertreter von SPD, Grünen und FDP, ob denn die bei den Tarifverhandlungen errungenen Lohnsteigerungen nicht auch eine dauerhafte Erhöhung der Bezüge sind. Zu beachten ist auch, dass das durchschnittliche Rentenniveau nur 48 % des durchschnittlichen Lohneinkommens ist. Wenn dieses

Verhältnis so bleibt, ist künftig eine verstärkte Verarmung vorhanden. Nicht die Prozente, sondern die absolute Rentenhöhe bzw. Einkommenshöhe ist für die Beurteilung, ob man arm oder reich ist, maßgebend. Für Prozente kann man sich nichts kaufen!

Zum Ausgleich dieser Preissteigerungen im Energiebereich erhalten Einkommenssteuerpflichtige eine Energiepauschale in Höhe von 300 €, Familien mit Kindern und Einkommensschwache erhalten auch einen zusätzlichen Ausgleich. Außerdem ist von der Ampel ein 9 € Ticket im öffentlichen Nahverkehr und gesenkte Steuern auf Kraftstoffe jeweils für drei Monate beschlossen worden. Die Pendlerpauschale soll von 0,35 € auf 0,38 € erhöht werden. Die Rentner gehen bei der Energiepauschale leer aus. **Ist das nicht eine Diskriminierung der Generation, die bisher für das Wohlergehen der Gesellschaft gesorgt hat?**

Sicher haben wir Senioren auch vom auf drei Monate befristeten 9 € Ticket und von der ebenfalls befristeten Steuerersenkung für Energieträger unseren Nutzen – die anderen aber auch! Ein weiterer Schwerpunkt ist das Auslaufen von Förderprogrammen und in diesem Zusammenhang das hoffentlich nur vorläufige Ende des KfW Programm für Energieeffizienz. Dieses Programm enthält auch einen Teil zur Förderung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit und Sicherheit in Wohnstätten. Dieses Programm wurde von Senioren sehr gerne genutzt. Damit ist jetzt erst einmal Schluss.

Wir vermissen hier die Stellungnahme und den Protest der Landtagsfraktion der CDU in Sachsen. Wir haben in diesem Zusammenhang weder in der gedruckten Presse noch auf der Internetseite der CDU-Fraktion im Landtag Sachsens unter Meldungen, Positionspapiere und Publikationen entsprechende Meinungsäußerungen sowohl zur Energiepauschale für Rentner als auch zum Stopp des KfW Programms gefunden. Der Antrag der CDU geführten Regie-

rung aus Nordrhein-Westfalen zur Gewährung der Energiepauschale auch für Rentner vom 11. Mai 2022 im Bundesrat wurde von den Ländern mehrheitlich abgelehnt. Trotz aller Recherchen ist es uns nicht gelungen, in Erfahrung zu bringen, welche Bundesländer für oder gegen diesen Antrag gestimmt haben.

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022 und Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2022 haben gezeigt, dass bei einem entsprechenden Einsatz für Senioren große Stimmenanteile bei den Senioren für die CDU zu holen sind. In Schleswig-Holstein haben 50,5 % der Generation 60+ aber nur 23,7 % der Generation unter 30 Jahren die CDU gewählt (Quelle KAS Mai 2022). In Nordrhein-Westfalen haben rund 42 % der Generation 60+ die CDU gewählt aber nur rund 18 % der Generation unter 30 Jahre (Quelle FG Wahlen 15.5. 2022)!

In Sachsen sieht das nicht so günstig aus. Unsere eigenen Auswertungen der letzten Landtagswahl und Bundestagswahl zeigen, dass aus der Altersgruppe der Senioren erhebliche Stimmenabwanderungen vor allem zur AfD erfolgt sind. Muss das so sein?

Die Mitglieder der CDU-Fraktion in Sachsen und auch der Landesvorstand der CDU Sachsen und die Berliner Spitze sollten daran denken, dass die Senioren bisher zuverlässige CDU-Wähler waren. Andere Parteien (u.a. DIE LINKE und AfD) stehen bereits in den Startlöchern, um Wählerstimmen aus dieser Altersgruppe für ihre Partei zu Lasten der CDU bei den nächsten Wahlen zu gewinnen.

Wir sehen diesen Beitrag nicht als Meckerei an, sondern als einen Beitrag Schwachstellen konkret und vor allem auch öffentlich anzusprechen. Rederei allein bringt nichts. **Es muss gehandelt werden. Das ist aber nur dann erfolgreich, wenn die Ursachen erkannt werden.**

Konrad Riedel – Vorsitzender SU Leipzig
Dr. Johannes Hähle und Dr. Karl Placht – stellv. Vorsitzende SU Leipzig

Im Interview: Christian Hartmann

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag



Politik ist Kommunikation: Bildmitte: Christian Hartmann MdL

Seit 2019 regiert die sächsische CDU erstmals mit zwei Koalitionspartnern. Nur so war eine stabile Mehrheit im Parlament möglich, da die Partei grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt. Der Koalitionsvertrag versprach viel. Doch diese Wahlperiode sollte anders werden als alle zuvor: zwei Jahre dominierte Corona die Landespolitik.

Im Interview zieht CDU-Fraktionschef Christian Hartmann (s)eine Halbbilanz.

Am Abend der Landtagswahl 2019 war klar, die CDU hat zwar knapp gewonnen – aber sie braucht zwei Koalitionspartner, um stabil regieren zu können.

Was haben Sie da gedacht?

„Das wird eine schwere Kiste. Wir hatten immer eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen – und tun das auch heute noch! Somit blieben nach der Wahl nur die Sozialdemokraten und Grüne als Partner übrig. Wir haben mit beiden knapp drei Monate verhandelt. Eine Koalition aus so unterschiedlichen Partnern fällt nicht vom Himmel. Sie ist das Ergebnis harter Arbeit und Ausdruck einer neuen politischen Kultur.“

Wie viel CDU steckt in der Sachsen-Koalition?

„Sehr viel! Der Koalitionsvertrag trägt unsere Handschrift. Die CDU steht für mehr Offenheit, mehr Dialog und ein schnelleres Umsetzen von Entscheidungen. Nach zwei Jahren Corona-Krisenmanagement müssen wir jetzt Gas geben, um unsere selbstgesteckten Ziele erreichen zu können. Zur Wahrheit gehört auch: Wenn die Bürger 100% CDU wollen, sollten sie uns entsprechend wählen. Bei zwei Koalitionspartnern müssen wir viele Kompromisse machen und können nicht alles umsetzen, was wir ursprünglich vorhatten.“

Und wie lief es bisher mit dieser Koalition?

„Diese Wahlperiode ist anders als alle zuvor. Routine war nie! Wir hatten noch nie eine so lange Krise wie Corona zu bewältigen. Und auch heute steht Sachsen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine vor großen Aufgaben. Wir müssen ideologiefrei über Energie und Versorgungssicherheit reden!“

Worin besteht die Stärke Ihrer CDU-Fraktion im Landtag?

„Meine Fraktion besteht aus 45 Abgeordneten. Wir sind in allen Regionen Sachsens präsent. Unsere Abgeordneten nehmen nicht nur ihr Mandat für eine Region wahr, sie leben auch dort und sind vor Ort verwurzelt.“

Als größte Fraktion im Sächsischen Landtag haben wir eine enorme Bandbreite: Wir vertreten die Perspektive großer Städte genauso wie die der ländlichen Regionen, die zwischen Alt und Jung, die vom selbstständigen Unternehmer bis zum Studenten.“

Die letzten Umfragen sahen für die CDU nicht gut aus. Hat Ihre Fraktion den Anschluss verpasst?

„Nein. Aber wir müssen uns am Riemen reißen. Zwei Jahre Pandemie waren eine enorme Belastung für die Bevölkerung. Als Regierungsfraktion mussten wir zahlreiche unpopuläre Entscheidungen mittragen.“

Hier haben wir auch einige Fehler gemacht. Ein Teil der Maßnahmen war in sich nicht schlüssig. Wir haben nicht immer verständlich kommuniziert und Maßnahmen ausreichend erklärt.

All das hat uns Zustimmung gekostet. Daher ist es jetzt wichtig, zügig den Weg aus dem Krisenmodus zu finden, zuversichtlich nach vorn zu blicken und uns wieder den Themen zu widmen, für die uns die Wähler 2019 das Vertrauen aussprachen.“

Wo sehen sie Verbesserungsbedarf?

„Uns muss es besser gelingen, ein erkennbares politisches Profil zu entwickeln. Nach meiner Lesart heißt das, dass wir als CDU ein eindeutig bürgerliches Profil vertreten – also Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Ordnung und Pünktlichkeit, aber auch Respekt vor den Rechten anderer. Damit sprechen wir einen Großteil der politischen Mitte an und können dennoch polarisierende und pointierte Debatten eröffnen und führen.“

Versteht sich Ihre CDU-Fraktion noch als Fraktion einer Volkspartei?

„Ich denke schon! Sehen sie, für mich misst sich der Status einer Volkspartei nicht allein daran, wie viele Wähler ihr Kreuz bei uns machen, sondern welche Breite der Gesellschaft wir als Partei und Fraktion abbilden können. Unsere Politik zielt nicht auf ein spezifisches Klientel, eine gesellschaftliche Strömung oder ein bestimmtes Thema.“

Wir machen Politik für alle Sachsen!“

Fortsetzung von Seite 5

Lassen Sie uns übers Geld reden! Politik wird im Doppelhaushalt zu ganz konkreten Zahlen. Worauf hat die CDU-Fraktion Wert gelegt?

„Politisch ist es unsere Aufgabe, die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern und Perspektiven zu schaffen. Diesem Ziel haben wir uns mit dem Doppelhaushalt 2021/22 gestellt – und werden es in den anstehenden Verhandlungen für 2023/24 auch tun. Wir brauchen einen Haushalt, der eine Balance zwischen den notwendigen Investitionen in die Zukunft und finanzpolitischer Stabilität schafft. Das ist unsere Verantwortung, auch gegenüber den kommenden Generationen.“
Nicht immer läuft es in der Politik geräuschlos. Es gibt mal Streit mit Koalitionspartnern, in der Fraktion oder sogar mit dem Ministerpräsidenten.

„Mit Michael Kretschmer verbindet mich eine jahrelange Freundschaft. Das heißt aber nicht, dass wir immer einer Meinung sind. Streit ist doch nicht per se schlecht, solange er sachlich bleibt. Hier haben wir Deutschen noch immer ein etwas verkrampftes Verständnis. Ohne Streit gibt's keinen Fortschritt. Er ist das Lebenselixier jeder politischen Auseinandersetzung im Ringen um die beste Lösung.“

Welches Thema wird in den Augen der CDU-Fraktion den Rest der Legislatur bestimmen?

„Die zurückliegenden beiden Jahre haben den Fokus ganz klar auf ein Thema gelenkt: Sicherheit – in allen seinen Facetten. Egal, ob es nun um die gesicherte medizinische Versorgung, sichere Einkommen oder den Schutz vor Gewalt, Terror und Krieg geht. Sicherheit ist wieder zu einem Wert an sich geworden. Und diese zu garantieren muss oberste politische Priorität haben.“

Freiberger Senioren treffen sich wieder

Hans-Joachim Walter



Foto: Hans-Joachim Walter

Unter der Leitung von Gerd Schönberg trafen sich nach zwei Jahren Corona-Pause die Senioren des Freiberger CDU-Stadtverbandes am letzten Mai-Mittwoch wieder zu ihrer monatlichen Zusammenkunft.

In seinen einführenden Worten ging Hans-Joachim Walter, Kreisvorsit-

zender der Senioren-Union Mittelsachsen, auf die aktuellen politischen Themen, wie dem Ukraine-Krieg, den Regionalkonferenzen der Sächsischen Union sowie dem Landrats- und Bürgermeisterwahlkampf in der Stadt Freiberg ein.

Umrahmt wurde die Veranstaltung durch einen Vortrag von Prof. Michael Eßlinger, ehemaliger Brauerei-Vorstand, der mit einer Präsentation zum Ursprung des Brauwesens in der Region und der Entwicklung des Freiberger Brauhauses von der Wende 1990 bis zur Gegenwart sprach. Die Senioren zeigten sich erfreut, nach einer Zeit ohne persönliche Kontakte wieder in Gemeinschaft, im vertrauten Kreis, einen Nachmittag zu verbringen.

Kreisverband Meißen

Geert Mackenroth MdL, Kreisvorsitzender

Heimatliebe mit Mohn und Limette



Frühlingsausflug der Senioren-Union des Kreises Meißen: Die „Kleene Schänke“ in dem Oberlausitzer Örtchen Cunewalde, malerisch gelegen hinter Bautzen, besuchten wir, mit einer kleinen, aber neugierigen Mannschaft, endlich wieder in Präsenz. Die Ortschaft: sauber, ordentlich, fein und geordnet, nicht alle Probleme des ländlichen Raums gelöst, aber beherzt angegangen. Carola Arnold, die Vorzeige – Unternehmerin, betreibt das alte, wunderbar restaurierte Umgebendehaus als Koch- und Kulturscheune (www.kleeneschaenke.de/).

Die eindrucksvolle Endfünziglerin und Selfmade - Frau hat ihr Leben erfolgreich gemeistert, hat vorbildlich gearbeitet und ist immer wieder nach Schicksalsschlägen aufgestanden. In der auch für sie wirtschaftlich harten Corona – Zwangspause hat sie sich nicht etwa mit Förderanträgen aufgehalten, sondern ein höchst erfolgreiches Buch geschrieben („Carola kocht“) über ihre große Leidenschaft, das Kochen: Einfache, regionale Rezepte, garniert mit begeisternden Geschichten und Bildern aus ihrer Heimat. Ihre nicht nachlassende Liebe zur Region vermittelt sie mit Kochkursen, Kaffee und Kuchen und kenntnisreichen Schilderungen über ihre Oberlausitz.

Zahlreiche Produkte ausschließlich aus ihrem Dorf und der Region vermarktet sie dort, vom Senf über Kaffee, Brot und bis hin zum Eierlikör in verschiedensten Varianten, wir durften den mit Mohn und Limetten verkosten. Das ganze Anwesen atmet Ruhe, Ausgeglichenheit und Zuversicht, aus ihm spricht die Liebe zur Heimat.

Der Besuch war eine reine Freude – wir beschäftigen uns eben nicht nur mit Tagespolitik, sondern auch mit guten Beispielen, aus denen dann hoffentlich gute Politik werden kann.

Vom rechten Weg

Ein Beitrag von Dr. Georg Böhme-Korn, Kreisvorsitzender KV Dresden



Dr. Georg Böhme-Korn
stellvertretender Landesvorsitzender

Umbruch in der Politik, gar Zeitenwende, Bruch mit der Ära Merkel, – aber ist es auch ein Aufbruch für die CDU auf dem rechten Weg? „Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewusst“ - so optimistisch wie der Herr in Goethes „Faust“ bin ich da leider nicht.

Trotz meiner 30 Jahre kommunalpolitischer Erfahrung frage ich mich zunehmend: zwischen vernünftigen, aber zuweilen schmerzhaften Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft, eher unbedarfter Gutherzigkeit und Unvollkommenheit im Durchdenken von Entscheidungen, um überhaupt einmal voranzukommen, populistischen Heilsversprechen, um auch naive Wähler zu gewinnen – wie wäre es gut, künftige Politik zu machen, und wo sind wir bei praktischen Entscheidungen tatsächlich gelandet? Nicht immer einfach zu beantworten.

Beispiel: die Waldschlösschenbrücke in Dresden – klarer Bürgerentscheid – 2/3 dafür, gegen ständige massive linke Widerstände durchgesetzt, Hauptakteure CDU und FDP, 2013 Brückeneröffnung. 2014 Kommunalwahl – die CDU verliert 10%, die FDP wird **nicht etwa um ein Drittel, sondern auf ein Drittel** eingedampft, die Freien Bürger verlieren die Hälfte ihrer Sitze – für die Stadt war die

Brücke ein Gewinn, für das bürgerliche Lager alles andere als das.

Da war wohl eher das Thema Wohnungsnot und hohe Mieten letztlich das Zünglein an der Waage – damals eigentlich kein wirkliches Problem in Dresden, aber populistische Stimmungsmache zog – dass links regierte Städte wie München oder Berlin keinerlei Lösungen hatten, unwichtig. – Realitäten spielten eher keine Rolle. Was lehrt uns das?

Oder bleiben wir bei uns Älteren, der **Altersrente für besonders langjährig Versicherte und der Grundrente**, auch mit der CDU beschlossen. Weitere soziale Komponenten in der Rente außerhalb des Sozialsystems – das kann man machen. Aber so? Mindestens 45 bzw. 35 Arbeitsjahre – viele Ostdeutsche, im neuen Deutschland unverschuldet arbeitslos, gehen leer aus. Außerdem systemwidrig und letztlich ungerecht, das auszuführen ginge aber hier zu weit. Ich habe schon in der Entstehungszeit der Grundrente dazu an Carsten Linneemann MdB geschrieben – mit der SPD sei nichts anderes zu machen, so die Antwort. **CDU-Position dazu in der Öffentlichkeit? Fehlanzeige.**

Besser eine schlechte als gar keine Lösung, mögen sicher auch viele Wähler denken. Aber wohin führt oder auch verführt uns solch ein Prinzip?

Oder die Pflegereform: Gerade erst zum Jahresanfang trat eine wesentliche, milliardenschwere Reform in Kraft, da geht – mit Recht – die Angst bei Vielen um – Zuzahlungserhöhungen in Heimen von mehreren hundert Euro pro Monat kommen vor. Rein rechnerisch alles in Ordnung, aber sozialpolitisch durchdacht? Mit der Reform werden alle ohne Prüfung der Leistungsfähigkeit entlastet, am meisten Langzeithewobner, also die, die – offen gesagt – das Geld am wenigsten noch brauchen. Ich selbst bin Nutznießer, Erbe meiner Tante, fast 102 Jahre und seit 2016 im Heim - in diesem Jahr spart sich mittlerweile

etwas an. Sicher gern angenommen, aber sinnvoll und systematisch passend? **Selbst die „Welt“ titelte einst: „Jens Spahn startet ein unseriöses Erbschutzprogramm“.**

Der jetzige Erhöhungsschock zeigt: das hätte man sicher ohne den Druck vor der Bundestagswahl besser und durchdachter machen können – allerdings, an viel mehr Steuermilliarden denke ich da nicht, nicht ganz so mit der Gießkanne beglücken können. Ich wandte mich damals schon im Entstehen mit Bedenken an Abgeordnete des Landes und auch unsere Dresdner Mitglieder des Bundestags – leider vergeblich.

Ich will hier nicht nur meckern. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es in der Politik ist, einen guten Weg zu finden zwischen Grundsätzen, systematischem Durchdenken und Sparsamkeit, der Mehrheitsfindung in Entscheidungsgremien, notwendiger Berücksichtigung von Stimmungslagen für gute Wahlergebnisse, berechtigten Interessen und oft durch Teile der Politik befeuerten überzogenen Erwartungen. Da gibt es keine Patentrezepte.

Doch zumindest das wünsche ich mir sehr bei der Neujustierung unserer Partei:

Intern mehr Grundsatztreue und Ehrlichkeit beim Blick auf die Lebenswirklichkeit und unsere Möglichkeiten, **mehr Diskurs auf Augenhöhe zwischen den Ebenen** unserer Partei, **mehr Klarheit und Überzeugungskraft nach außen**, auch wenn Botschaften nicht immer nur erfreulich sind oder politische Partner anders denken.

Ich bin da gar nicht pessimistisch: Erste Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen scheinen zu zeigen:

Viele Wähler schätzen eine klare und seriöse, aber zeitgemäße bürgerliche Politik.

Auch für uns Ältere sollte das Mut geben, unsere Wünsche deutlich in Parteigremien einzubringen und in unserem Umkreis selbstbewusst zu unserer Partei zu stehen.

Die CDU diskutiert eine neue Grundwertecharta Wir reden mit!

Am 30. Mai habe ich den Entwurf erhalten, den Sie auf unserer Internetseite unter <https://senioren.cdu-sachsen.de/aktuelles> finden

Beim ersten Lesen habe ich festgestellt, dass endlich wieder viele für uns wichtige Grundwerte klar benannt und dargestellt werden.

Der Text könnte ein wenig kürzer und kompakter für eine Grundwertecharta sein, aber die Richtung stimmt.

Bei den Formulierungen ist mir aufgefallen, dass wieder einmal versucht wird, für Jedermann etwas zu formulieren, was aber im Grundsatz nur scheitern kann. Es kann z.B.

- neben der Familie keine Alternative geben,
- es kann nicht jeder, der in diesem Lande gerne leben möchte, ohne sich integrieren zu wollen,
- es kann nicht jedermann ohne Leistung so leben wie Jener, der in seiner Arbeit Leistung erbringt,
- es kann nicht jedermann seine eigenen Wünsche und Vorstellungen gegen das Recht durchsetzen und sich dann „Aktivist“ nennen.

Wir müssen aufpassen, dass wir klar und in verständlicher Sprache, ohne Fremdwörter diese Charta formulie-

ren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Deutsche Sprache regelkonform und ohne „Vergenderung“ angewendet wird. Der Bürger muss den Text verstehen und sich darin wiedererkennen. Nur dann wird er auch die CDU unterstützen, tragen und wählen.

Daher fordere ich Sie auf und würde mich sehr freuen, wenn möglichst viele sich an der Diskussion beteiligen und der Kommission dies entsprechend mitteilen. Ansonsten habe ich die Befürchtung, dass das gut gemeinte Ziel „verwässert“.

Wenn Sie sich beteiligen wollen können Sie auch uns als Senioren-Union in der Union Ihre Meinung und Vorschläge zusenden. Wir werden Sie dann in die „richtigen“ Kanäle geben und können dadurch vielleicht einen Beitrag leisten, in der Union wieder mehr miteinander zu diskutieren und zusammen zu rücken.

Lassen Sie es uns gemeinsam versuchen, denn nur miteinander tragen wir zum Besseren bei.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion und bin auf Ihre Texte und Hinweise gespannt.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr
Klaus Leroff

Termine

**Senioren-Union Vogtland
Sommerfest CDU-Kreisverband**
04.06.2022 | 14:00 Uhr, Treuen

**Senioren-Union Dresden
Sommerfahrt zur Landesgartenschau**
07.06.2022 | Anmeldung, Torgau

**12. Juni 2022 – Wahltag
für Landräte, Bürgermeister und
Oberbürgermeister**

**Senioren-Union
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Besuch Blindengarten Radeberg**
14.06.2022 | Anmeldung

**Senioren-Union Bautzen
MGV zur Geschichte der Sorben**
15.06.2022 | Bautzen

**Senioren-Union Meißen
Mitgliedertreffen und Ausfahrt**
21.06.2022 | 15:00 Uhr, Moritzburg

**03.07.2022 – ggf. Stichwahlen
Dresden am 10.07.2022**

**Senioren-Union Sachsen
Erweiterter Landesvorstand**
27.06.2022 | 10:00 Uhr, Dresden

**Senioren-Union Dresden
Besuch Botanischer Garten**
18.07.2022 | Dresden

**Senioren-Union Meißen
Sommerfest**
19.07.2022 | Schloss Hirschstein

**Senioren-Union Zwickau
Kreismitgliederversammlung mit
Kreisvorstandswahl**
11.08.2022 | lt. Einladung

**Senioren-Union Leipzig
Sommerfest der SU Leipzig
Parkeisenbahn Auensee**
23.08.2022 | 15:00 Uhr, Wahren

**Senioren-Union Vogtland
Ausfahrt**
31.08.2022 | Waldpark Grünhaide

**Senioren-Union & JU Meißen
Besuch Feuerwehrmuseum**
13.09.2022 | auf Einladung, Zeithain

**Senioren-Union Bautzen
Kreismitgliederversammlung mit
Kreisvorstandswahl**
14.09.2022 | lt. Einladung

Änderungen vorbehalten!

Impressum

Herausgeber: Senioren-Union Landesverband Sachsen, vertreten durch den Vorsitzenden Klaus Leroff
Fetscherstraße 32/34, 01307 Dresden

Tel. 0351 - 44917-26, Fax 0351 - 44917-60, e-Mail: senioren-union@cdu-sachsen.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder, sie sind keine offiziellen

Verlautbarungen der Senioren-Union Sachsen. * Die kostenlose Mitgliederzeitschrift erscheint viermal jährlich.

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT 